

vielleicht einen noch schwereren Frühling durchzumachen haben. Eine wirkliche und dauernde Besserung der wirtschaftlichen Lage läßt sich nicht ohne eine gründliche Aenderung der allgemeinen politischen Lage herbeiführen.

Dazu gehört in erster Linie die Einstellung der Interventionenpolitik der Entente, die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung durch die Regierungen der Großmächte und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland. In dieser Beziehung wird der Sieg über Wrangel allem Anschein nach eine entscheidende Rolle spielen. Unsere Partei hat uns den Auftrag gegeben, in diesem Sinne möglichst energisch im Auslande zu wirken. In den nächsten Tagen wird ein entsprechender Aufruf an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften der Welt von uns veröffentlicht werden.

Andererseits aber muß betont werden, daß als absolut unerlässliche Vorbedingung für die wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands eine radikale Aenderung der inneren Politik der bolschewistischen Regierung notwendig ist. Einmal muß die Politik gegenüber den Bauern geändert werden. Man darf nicht alles, was die Armeen und die Großstädte brauchen, ausschließlich auf dem Wege der gewaltsamen Requisition von den Bauern fortnehmen, ohne ihnen einen entsprechenden Entgelt zu geben (die Höchstpreise stehen in gar keinem Verhältnis zu den Produktionskosten). Damit wird nur erreicht, daß die Bauern das Getreide verstecken, die Anbaufläche verringern und oft Aufstände inszenieren, die nicht immer leicht zu unterdrücken sind, und die das russische, insbesondere das ukrainische Dorf zu einer ständigen Gefahr für die Revolution machen.

Dann kommt die Frage der Verwaltung. Die Bolschewisten, denen es bisher vor allem auf die Aufrechterhaltung ihrer Parteidiktatur ankam, haben eine Atmosphäre geschaffen, in der kein selbständig denkender und sich selbst achtender Mensch arbeiten kann. Sie mußten sich deshalb mit Leuten umgeben, die keine eigenen Überzeugungen haben, die sich aus Strebertum, Habgier oder — Hunger Kommunisten oder lieber „Unparteiliche“ nennen, mit Leuten, die — jeden politischen oder sozialen Gewissens bar — jene arbeitsunlustige, feige, kriecherische, ehrlose und durch und durch korrupte Bürokratie bilden, die zu einem wahren Verhängnis für Rußland geworden ist.

Eine gründliche Reinigung der Augiasställe der Sowjet-Bürokratie ist in Rußland zu einem „Gebot der Stunde“ geworden. Sie kann aber unter der Herrschaft der politischen Rechtslosigkeit, des Terrors, der gewerkschaftlichen Anarchie der Beamten, der bevorzugten Stellung der Mitglieder der kommunistischen Partei und dergleichen, mit einem Worte: unter dem Regime der Parteidiktatur nicht durchgeführt werden.

Die Parteidiktatur, die die Kommunisten aus politischen Gründen für unentbehrlich halten, ist zum größten Hindernis der wirtschaftlichen Gesundung geworden. Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen politischen Systems macht jede Hoffnung auf die ökonomische Wiederherstellung und somit auf die Verwirklichung des Sozialismus in Rußland unmöglich.

Das ist in Rußland allen denkenden Arbeitern und auch vielen Kommunisten längst klar geworden. Man beruft sich aber immer wieder auf die konterrevolutionäre Gefahr, auf die Blockade und dergleichen. Nun scheint in dieser Beziehung ein Wendepunkt eingetreten zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob die Bolschewisten daraus die nötigen Konsequenzen ziehen werden.

Unsere Partei — schloß Genosse Abramowitsch seine Ausführungen — wird alle ihre Kräfte anspannen, um die Arbeitermassen in diesem Sinne aufzuklären und so auf die bolschewistische Partei einen entsprechenden Druck auszuüben. Wir geben uns keinerlei Täuschungen über die Schwere dieser Aufgabe hin. Aber dies ist der einzige Weg zur Rettung der russischen Revolution, die nicht nur von der äußeren Konterrevolution, sondern vielleicht noch mehr von der inneren Entartung des bestehenden Systems bedroht ist.

Die Rinnsteinpolitik

Die „Kreuzzeitung“ begleitet die gestrige Debatte im Reichstag mit der Bemerkung, daß es sich bei der Interpellation um Rinnsteinpolitik handelte. Und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Sinneszeitung, deutet an, daß es den Interpellanten nur darauf angekommen sei, Schmutz aufzuführen. Wir haben nicht die Aufgabe, den Anwalt der rechtssozialistischen Interpellanten zu spielen, denn sie haben selbst reichlich dafür gesorgt, daß die bestehenden Klassen ihre Vermögenswerte in Sicherheit bringen konnten. Aber darin haben die reaktionären Blätter zweifellos recht: wer sich mit solchen Dingen befaßt, der steigt in den Rinnstein hinab, der wählt Schmutz auf, der muß eine wahre Kloakenarbeit verrichten. Keine angenehme Beschäftigung! Aber bevor man an einen Neuaufbau gehen kann, ist man leider gezwungen, mit dem Unrat, den die alten Machthaber hinterlassen haben, gründlich aufzuräumen.

Es ist deshalb auch zu verstehen, daß die deutschnationalen Blätter sich erst recht als die Hüter dieses Morastes aufspielen. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, daß es gestern im Reichstag zu einer mächtigen und eindringlichen Kundgebung für den monarchischen Gedanken gekommen sei und die „Deutsche Zeitung“ verkündet gar mit großen Lettern, daß der Reichstag gestern einen Höhepunkt erreicht habe. Die Reichsparteien hätten Gelegenheit gefunden, ihre unerschütterliche Treue zum Kaiserhaus und ihre Anhänglichkeit an die Bourgeoisie unabweisbar zum Ausdruck zu bringen, und die Kunde davon werde in Millionen Deutschen die Hoffnung auf Wiederkehr vergangener besserer Zeiten erneuern und stärken.

So wissen wir also, was unserer wartet, wenn die deutschnationalen Hoffnungen in Erfüllung gehen sollten. Die Deutschnationalen und auch die deutschen Volksparteiler wollen, daß das monarchische System wiederhergestellt werde, das der Kapitalvermehrung und Kapitalverschiebung, der Ausbeutung und Unterdrückung einen noch besseren Schutz als die republikanische Verfassung gewährt.

Inzwischen beiläufig der Amsterdamer Vertreter des Moskauer Bureaus der Welt mitzuteilen, daß der ehemalige Kronprinz nur einmal mit Herrn Gruber in Verbindung getreten sei, nämlich damals, als dieser ihm 5000 Gulden vorstreckte, um über die erste Zeit hinwegzukommen. Seitdem bestritt der junge Mann seinen Lebensunterhalt aus den Mitteln seines Vaters. Der frühere deutsche Kronprinz schämt sich also des Zugeständnisses nicht, daß er die Zeit mit Nichtstun verbringt. Statt für seine gefundenen Glieder eine Beschäftigung zu suchen, läßt er sich mit Geldern auskaufen, die aus dem Elend des hungernden deutschen Volkes gepreßt werden. Hunderttausende von Arbeitslosen wissen nicht, wie sie über die nächste Zeit hinwegkommen sollen; dieser Mensch, und mit ihm noch zahllose andere Mitglieder der Klasse der Drohnen, aber rühmt sich noch dessen, daß er auf Kosten anderer lebt.

In der Tat, ein tiefbeschämender Zustand, wie die reaktionäre Presse sagt, der ganze Schmutz und Unrat des politischen Rinnsteins des kapitalistisch-monarchistischen Systems wird aufgerührt!

Die Gegenrevolution marschiert

Die Pläne Watters

Zu der Medung der badischen Regierung über eine vertrauliche Versammlung, in der Generalleutnant von Watter über die Gründung einer Organisation sprach, die durch Strafgesetze verboten ist, wird dem „Vorwärts“ aus Karlsruhe mitgeteilt:

Die genannte Versammlung war von einem Hauptmann einberufen worden; in ihr sollte Generalleutnant Watter über seine Erfahrungen im Ruhrgebiet sprechen. Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging W. dazu über, Einzelheiten über eine Abwehrorganisation gegen die Rote Armee mitzuteilen, von der er unter anderem behauptete, daß sie in keinem Zusammenhang mit der Orgele stünde. 6 Millionen Mark, so erklärte er, seien von Norddeutschland nach Baden zum Zweck des Auf-

baues der Organisation überwiesen worden. 2 Millionen müßten von Baden ausgebracht werden. Ferner behauptete er, im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu handeln und betonte, daß sich die Organisation keinesfalls gegen die Regierung richte, die zu Schapp sei und die von der Roten Armee drohenden Gefahren verkenne. Ueber den Aufmarschplan der Roten Armee teilte W. mit, daß im Falle des Loschlagens die Entsendung von zwei Bataillonen mit 7 Geschützen von Leipzig nach Mannheim vorgesehen sei.

Die Regierung erließ sofort einen Haftbefehl gegen Watter, der jedoch erfolglos blieb, da derselbe inzwischen Karlsruhe verlassen hatte. Das vom Staatsanwalt gegen den Einberufer eingeleitete Verfahren mußte infolge Fehlens von Belastungsmomenten niedergeschlagen werden.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir vermuten, daß hinter dem Einberufer dieser Versammlung der berüchtigte Hauptmann Pfeffer steht, der mit Watter gemeinsame Sache macht. Festgestellt müßte auch werden, wie es sich mit der Behauptung Watters verhält, daß er im Einverständnis mit der Reichsregierung handle. Die Regierung muß sich dazu äußern. In ganzem geht aber auch aus diesen nunmehr ans Licht der Öffentlichkeit gebrachten Plänen Watters, den die rechtssozialistischen Minister im März als durchaus loyalen Offizier bezeichneten, hervor, wie fieberhaft und energisch die militärische Gegenrevolution arbeitet.

Die „Dena“ meldet zu dieser Angelegenheit noch, daß in Heidelberg kürzlich eine geheime Beratung von Orgele-Anhängern stattgefunden hat, deren Plan es gewesen ist, im Falle eines Rechtsputsches zunächst die Gewerkschaftsführer zu verhaften, um einen Generallistenstreik zu verhindern. Am 18. November hat dann in Karlsruhe in Baden die offizielle Zusammenkunft der Orgele-Anhänger stattgefunden, die von einem Direktor Wagner einberufen gewesen ist und an welcher General Watter und ein Leutnant Unruh teilgenommen haben. Es besteht der Plan, Baden in drei Kreise einzuteilen, Waffen sind vorzuhanden. Auch Listen von Personen sind aufgestellt, welche im entscheidenden Augenblick verhaftet werden sollten: Sozialisten, Gewerkschaftsbeamte und frühere Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Arbeiterschaft muß diesen Dingen erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Sie muß die Geschlossenheit und Kampffähigkeit ihrer Organisationen erhalten. Sie muß mit unbedingter Entschlossenheit gegen die Reaktion kämpfen und den bewaffneten Selbstschutz der Monarchisten gegenüber ihren Maßnahmen treffen.

Bayrische Hoffnungen.

II. München, 23. November.

Nach einem Bericht der „München-Kugeler“ Abendzeitung über die Unterredung, welche der bayerische Kronprinz Rupprecht dem Münchener Vertreter des Londoner Blattes „Daily Express“ gewährte, erklärte der Kronprinz, er wünsche keinerlei Bewegung, die einen neuen Bürgerkrieg entfesseln könnte; eine Aenderung müsse vom Volke selbst kommen. Dieses müsse entscheiden, ob es eine neue Regierungsform wolle. Der jetzige Zustand könne nicht mehr länger als 7 bis 8 Jahre dauern. In Bayern wachse die monarchistische Gesinnung täglich. Zwischen Nord- und Süddeutschland bestehe noch immer eine gewisse Eifersucht, besonders auf religiösem Gebiete. In Bayern könne die Monarchie proklamiert werden; dies würde aber sofort in anderen Teilen Deutschlands Unruhen hervorrufen. Er sei nicht für eine Abtrennung Bayerns vom übrigen Reich. Die finanzielle Zusammenbruch werde die bevorstehende Aenderung in Deutschland beschleunigen.

Süddeutsche Ernährungskonferenz

Auf Anregung des hessischen Landesernährungsamtes fand am 20. d. Mts. im Ministerium des Innern in Karlsruhe ein Gespräch über die Ernährungsfragen statt, an dem Vertreter Bayerns, Württembergs, Hessens sowie der badische Minister des Innern Remer teilnahmen. Aus den Beratungen ist hervorzuhellen, daß die Konferenz einmütig der Ansicht war, daß an der Zwangswirtschaft der Milch festgehalten werden müsse. Die Beseitigung bezog sich im übrigen auf die Einfuhr von Lebensmitteln und die Bekämpfung des Wuchers.

Musik

Elisabeth Esser sang Kinder- und Volkslieder. Ein Gedicht, das ihrer leichten, anmutigen Art liegt und über das sie wohl kaum mit ihren sehr jarten Stimmteilen hinausreicht. Obwohl ihre Vokale sprache falsche Laute enthält, heißt sie realistische Deutlichkeit in ihrem Vortrag, was den kleinen Pointen der Kinderlieder sehr zum Vorteil gereicht.

Der Geiger Boris Kroyt, der unter Selmar Remtowitz mit den Philharmonikern sein erstes größeres Konzert gab, verfügt über eine sehr fortgeschrittene Technik in der linken Hand, die in den Lagenwechseln nach bestimmter und überaus feiner Ausgebuht werden kann. Was ihm fehlt, ist die Intensität des Tones, weil sein rechter Arm eine erzwungene, unnatürliche Einstellung hat.

Ein Sakrifiz an Mahler begann Oskar Fried. Er ist mit seinem schwachen Aufwuchs weit davon entfernt, zu dem irdisch verklärten „Lied von der Erde“ eine zeitliche Einstellung gewonnen zu haben. Und das sollte eine Mahler-Gesetz sein zum 60. Geburtstag des großen Meisters. Mit ungläublicher Brutalität rissen die einzelnen Instrumente ihre Einsätze, die wie aus einer anderen Welt im „Wohlfühl“-Lied herüberzungen sollen und polsterten ohne Hangenheißliche Abtönung selbstherrlich durcheinander. Da war kein Afford von diatonischem Schwelgen in dem Lied des „Trunkenen im Frühling“. Den Philharmonikern muß Mahler im tiefsten Wesen noch ein Fremder sein, sonst hätten sie aus eigenem Antrieb ausgeglichen und sich nicht klavisch jeder nervösen Zuckung des Taktstocks unterworfen. In dem gleichmäßig schlammigen Fluß des Orchesters tauchte der Heldenpathos Richard Schuberts, dem seine Rolle wichtiger erscheint als die Melodie Mahlers, freilich weise gänzlich unter. Viel Wertvolles kam auch bei der ersten Mahler-Interpretin Frau Charles Cahier nicht zur erfüllenden Auswirkung.

Adolf Busch ins Stammbuch: Gelge, Meister, dirigiere nicht — besonders keine eigenen Pseudo-Kompositionen. F. F. W.

Eine Tolstoi-Gedächtnisfeier veranstaltete der Sozialistische Studentenbund am Sonntagvormittag. Chapiro sprach Gedächtnisworte, vermittelte länger bei Tolstoi's Verhältnis zur Politik und zum Staatsproblem, entschied sich hier gegen Tolstoi, verwarf nicht an die menschlichen Jüge Tolstoi's zu rühren und mußte doch bei seinem Kampf um die Ehrlichkeit vor dem Menschen enden. Am Schluß fand er den schönen Gedanken, in diesem Streite um die Menschenrechte auszuweichen, selbst auf die Gefahr hin, von unseren Nachkommen verhöhnt zu werden. — Lilla Duleux sprach mit überlegener Rönnerkraft erzählende Stücke Tolstoi's und ihre immer taubereite, geistige Menschlichkeit ist hin trotz allen Schwierigkeiten, welche diese Stücke dem Vortrag boten. — Kottner hatte abgelagt.

Vom Verband russischer Journalisten und Schriftsteller wurde am Sonntagabend im Wapalast eine Tolstoi-feier veranstaltet. Man hörte die Vorlesung eines Erleses Gerhart Hauptmann's an, Kabanow zeichnete in russischer Sprache Tolstoi's Wesen und

Worte. Moskau las sehr wirkungsvoll zwei russische Volkserzählungen und ein Tschaikowsky-Trio beschloß die Gedächtnisfeier.

Robert Sedel, der als Dichter der Freiheitslieder in diesen Spalten erst kürzlich gewürdigt wurde, begeht am heutigen Tage seinen 70. Geburtstag. Wir grüßen in ihm nicht nur den jugendgebliebenen Proletariatsdichter, sondern auch den heroischen Sozialpädagogen, der, in Sachsen geboren, aus dürftigsten Verhältnissen zum Ermitenarbeiter und Tuchmacherlehrling sich zum sozialdemokratischen Redakteur in der Schweiz, Vorstehenden der Arbeiterunion, Privatdozent am Polytechnikum und an der Universität in Zürich, Kantonsrat und Präsident des Großen Stadtrats von Zürich emporarbeitete. Ueber Comenius und Dostojewski, Pestalozzi und Krübel hinaus begründete er vom sozialpädagogischen Standpunkt aus die Notwendigkeit der Arbeitsschule, der in Verbindung von geistiger und körperlicher Tätigkeit die Zukunft gehört. Erziehung zur Hand- und Kopfarbeit ist seine Devise. Schon 1885 in der Schrift „Friedrich der Große“, in der er die Legende vom „Herzog der Volksschule“ gründlich zerlegt hat, heißt es aus sozialpolitischer Einsicht heraus: „Schule ohne Gesellschaftsreform ist eine Halbheit!“ Seine Arbeitsschule ist als „Arbeitsmethode“ in neuer Auflage erschienen.

In der Schöneberger Siedlung „Lindenhof“ finden die ersten Einzüge statt. Wer mit viel altem Möbel in diese aus Sparzwang kleingehaltenen 2- und 3-Zimmerwohnungen einrückt, der wird sich sorgenlos den Kopf krauen, nicht wissend, wie er die großen alten Betten und Schränke stellen soll. Für die, die es sich leisten können, für Siedlungen speziell möblierte Möbel neu zu kaufen, hat eine Verkaufsgesellschaft solche Möbel kleinsten Ausmaßes in der Friedhöfstr. 22 im Lindenhof ausgestellt. Als reiflos den Anforderungen genügend sind immer wieder die Leisten- und Tapeten herporzuheben. Dann sind die den Knäpelpolster die nächsten in Form und Bearbeitungsart. Erstmalig sehen wir die in Berlin schon oft gezeigten Kleinstmöbel in der Kleinstmöbelwohnung selbst ausgestellt. Daher ist dieser Ausstellung eine besondere Wichtigkeit beizumessen.

Nach nebenbei behandelt ist die gleichzeitige Ausstellung von Wandschmuck der Kleinwohnung. Man pflegt die vier Wände eines Zimmers mit bunten Steinrücken, die wohllos vom Willkürstandpunkt dahingehängt scheinen. Ein anderes Zimmer zeigt neben vielen, was man am besten mit „Zugeständnis an die sentimentale Volksseele“ bezeichnet, wenigstens einige Tendenzblätter Belshams, die genannt werden müssen, weil sie gute Mittel zum guten Zweck und doch gute Kunst sind, was viele nicht wahr haben mögen. Eine Federzeichnung Dellings fällt in derselben Weise auf. Außerdem unter den vielen gegenständlichen Darstellungen und virtuellen Bildern als angenehme Oasen einige frisch erfindende Schnitte nicht tendenzvoller Art. An Frauenhandfertigkeiten, als da Rissen, Decken usw. zu nennen sind, vermissen wir geradezu alles, was eben hier hätte unbedingt gezeigt werden müssen, denn gerade die Hausfrau bedarf in diesen Dingen der Umhüllung sehr. Die Ausstellung ist von 12—4 Uhr geöffnet. P.

„Das Brandmal“ nennt Emma Hennings ihr soeben im Verlag Erich Reiss erschienenen Tagebuch eines „Freudensmädchens“, das arm an Freuden, reich an Qualen, aber an innerer Reinheit und Glückseligkeit eine Schmetterlingsseele Emanuel Quintis sein mag. Auch sie eine „Märzin in Christo“. Nicht Hure, nicht Beischwester, sondern ein „gefälliger Engel“, ein ruheloses wanderndes „Gottestind“, das immer und überall, ob es hungert und friert, in Kabarett und Bordell, bei Tag und bei Nacht schamloser Schändung preisgegeben, von göttlicher Liebe träumt. Durch geschminkte Not und überflüssiges Elend führt sie ihr Leidensweg, ein Quälobjekt herzloser Männergier, ein Opfer sozialer Heuchelei und Niedertracht. Aufzudehrend als eine tendenziöse Anklagechrift wirkt diese weniger verstandesmäßig als vielmehr von der Einflast eines reinen Herzens diktierte Lebensbeichte, eines Herzens, das immer freudig zu allen Menschen „sagen möchte, an dessen Glückseligkeit für das Gute und Schöne über jeden jemand appelliert. Sie meint die Tränen und empfindet das Grauen der Schwärzern aller Gassen. Wie in ihrem Buch „Kannan“, hat Emma Hennings auch im „Brandmal“ den grauen Vorhang vor einem ergreifenden Stück Welt in brennender Scham weggerissen. Ihr Menschentum und ihre Künstlerkraft reichen bis zu gutem Wert die Hände. E. B.

„Hiesland“, ein Märchenpiel von Egon Straßburger und Albrecht Brandt, geht jetzt als Nachmittagsvorstellung im Zentraltheater (Alte Jakobstraße) zugleich für die Mitglieder der Volksbühne in Szene. Die junge Welt hat ihren Weihnachtsfreude an der bunten Handlung, die an Jahrmärkte und Puppenstube, Bilderbuch und Kaspertheater lustig, bismittellos, auch mit leiser Wehmut erinnert. Die kindliche Phantasie wandelt sich am derben Holzpulsus und wiegt sich in Klein-Klein-gards Traum vom Puppentheater und dem Gänsefleisch im Märchenstich. Dazu hat Camillo Hildebrandt eine himmelhoch anstimmende Musik geschrieben, die im zweiten Akt ein Humperding „Königslieder“ und Offenbachs „Prinzessin von Travelpo“ anklingend, auch höheren Ansprüchen genügt. Es gab jubelnde Beifall aus Kinderherzen und Kinderhänden. In der durchgehenden gelungenen Aufführung waren für Groß und Klein wohl wertvollste und Rita Burg als Zauberpuppe.

Die Verteuerung des Theaterbesuchs und der Konzerte wird durch die „Nebenabgaben“ verschlimmert. Garderobe fast überall 1 M., Programmhilfe kostet jetzt 3 B., in den Staatstheatern 1,50 M. und was die Konzerte betrifft, so kostet ein vierseitiger Zettel (davon über eine Seite mit Reklame druckt) beim Cister Dupéty in der Philharmonie 2 M., berechtigten Bescheid über diese reichlich übertriebene Verteuerung künstlerischer Veranstaltungen sind allgemein und machen den Besuch immer mehr zu einem Privileg der Reichen.

Ueber weitere wird bei seinem ersten und zweiten Vortragabend Mittwoch, 24., und Sonntag, den 28. November, abends 8 Uhr, Gräner Saal (Mittelstraße) Eulenbergers Beisammeln der Frauen erzählen, ferner Unerschütterliches von Karlhe, Ernst Toller u. a. m.

Die U. S. P. D. zur Regierungs- bildung in Sachsen

Entschließung des erweiterten Landesvorstandes vom 21. November 1920, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Landesversammlung.

Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen vom 14. November 1920 zwingt die U. S. P. D., zur Frage der Regierungsbildung und zur künftigen Regierungspolitik in Sachsen Stellung zu nehmen. Im Landtag stehen jetzt 49 Vertreter der sozialistischen Parteien 47 Vertretern der bürgerlichen Parteien gegenüber. Bisher war das Verhältnis 57 zu 39. Die Reaktion ist also stark gewachsen, der Einfluss des Sozialismus geschwächt.

Dieses Wahlergebnis ist die Folge der Wahlenthaltung von 300 000 Arbeiterwählern, die durch die schwere Wirtschaftskrise und die inneren Differenzen im sozialistischen Lager verwirrt und entmutigt sind.

Durch die Wahlen ist eine politische Situation entstanden, in welcher die Gefahr der Konterrevolution, die das Bürgertum mit der Orgel planmäßig vorbereitet, in greifbare Nähe rückt.

Diese Gefahr kann nur gebannt werden durch die geschlossene Front aller Hand- und Kopfarbeiter in Sachsen und die Beherrschung des Staatsapparates durch ihre Vertreter.

Deshalb hält es die U. S. P. D. Sachsen für ihre Pflicht, in dieser außerordentlichen Situation

1. an der Bildung einer Regierung aus allen sozialistischen Parteien teilzunehmen,
2. auch dann die Regierung mit zu übernehmen, wenn eine der sozialistischen Parteien eine Beteiligung ablehnen sollte.

Gegenüber der drohenden Konterrevolution kann nur eine rein sozialistische Regierung in Sachsen das nötige Gegengewicht bilden. Deshalb muß jeder revolutionäre Sozialist sie erstreben.

Es gilt aber zu verhindern, daß die Union entsteht, als könnte heute, nach der Annahme der Weimarer Reichsverfassung, noch eine sozialistische Regierung in einem Einzelstaat wie Sachsen, die Staatsgewalt benutzen zur unmittelbaren Schaffung der Räte-republik und der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — wenn nicht gleichzeitig daselbe im übrigen Deutschland geschieht.

Die Weimarer Reichsverfassung nimmt den Einzelstaaten einen großen Teil ihrer bisherigen Selbständigkeit und behält dem Reich und der Reichsgesetzgebung die Regelung der wichtigsten Materien und der Reichsgewalt, des Finanz- und Steuerwesens, des Ernährungswesens, des Verkehrswesens, der Sozialisierung, des Wohnungsbauwesens, des Arbeiterrechts, der Erwerbslosenfürsorge, des Aufbaues des Schulwesens, der Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule.

In allen diesen Fragen kann Sachsen nicht mehr selbständig vorgehen, es kommt dabei nur als Teil der Reichsverwaltung in Betracht und muß sich im Rahmen der Reichsverfassung halten, wenn es nicht die Reichsregierung gegen sich heraufbeschwören will.

Trotz dieser Begrenzung ihrer Tätigkeit ist die Zusammenfassung und die Politik der Regierung für die Arbeiterklasse Sachsens nicht gleichgültig. Die Ausführung der Reichsgesetze, die Gesetzgebung im Rahmen der sächsischen Verfassung und die Verwaltung des Landes sind vielmehr gerade jetzt, wo die Konterrevolution so mächtig erstarkt ist und mit der Beherrschung des Staatsapparates eine entscheidende Waffe in die Hand bekommt, in den Händen der Arbeiterklasse von größter Bedeutung.

Die U. S. P. D. erhebt deshalb die Forderung der rein sozialistischen Regierung und stellt für deren Tätigkeit in der nächsten Zeit folgendes

Minimalprogramm

Entschlossene Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung der Verwirklichung der Produktionsmittel und des Warenaustausches, insbesondere der Bergesellschaftung der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkräfte.

In Sachsen sind die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlenabbau, Elektrizitätserzeugung gemeinwirtschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter zur Mitwirkung an der Produktion und Verwaltung heranzuziehen.

Staatliche Fürsorge für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung durch ausreichende Lebensmittelzufuhr.

Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu fördern, Behilfen an Privatunternehmer sind nicht zu leisten. Die Staatsforsten sind in den Dienst des Wohnungsbaues zu stellen.

Nach Schaffung der Mantelgesetze durch das Reich, ist die Trennung der Kirche vom Staat und der Ausbau der Schule so herbeizuführen, daß jedem beschäftigten Schüler der Aufstieg bis zur höchsten für seine Berufsstellung erforderlichen Bildungshöhe möglich ist.

Beleunigte Durchführung der Gemeindeform auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.

Schaffung von Einrichtungen zum Schutz gegen konterrevolutionäre Angriffe.

Erlaß eines Amnestiegesetzes für politische Delikte, Freilassung der politischen Gefangenen.

Um dieses Minimalprogramm durchzusetzen und in der Regierung der Konterrevolution wirksam entgegenzuarbeiten zu können, muß die U. S. P. D. die Bedingung, daß sie den entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält.

Unter diesen Voraussetzungen ist die U. S. P. D. Sachsen bereit, zur Niederhaltung der Konterrevolution die Verantwortung in der Regierung und für die Regierungspolitik mit zu übernehmen.

Das Ende der Münzstrafe

Auch eine Generalversammlung

Die Betriebsräte-Zentrale hatte zu gestern Abend eine Generalversammlung einberufen, die den Bericht über die Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission entgegennehmen sollte. Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs, der bisher als Vorsitzender mit an diesen Verhandlungen teilnahm und bei Beratung den von der Zentrale abweichenden Standpunkt der Betriebsräte-Fraktion unserer Partei bekanntgeben wollte, wurde bei der Eröffnung der Versammlung auf Antrag Reumann als Mitglied der Zentrale abgesetzt und dann auf weiteren Beschluß aus der Versammlung verwiesen.

Die Zentrale muß gestrichelt haben, daß durch eine Teilnahme des Genossen Fleck an den Verhandlungen ein Teil der Delegierten davon überzeugt worden wäre, daß eine selbständige Aktion unserer Partei unmöglich ist, demzufolge praktische Arbeit nur geleistet werden kann, wenn in Zukunft nach der Entschliessung unserer Genossen gebandelt wird. Belücht war die Verlammlung von circa 800 Delegierten, also nur ein kleiner Prozentsatz der Betriebsräte, die nur einen geringen Teil der Arbeiterschaft vertreten, deren Bedeutung auch dadurch herabgemindert wird, daß ein Teil Unorganisierte und Syndikalisten sind.

Die erwähnte Entschliessung unserer Genossen zur Frage der Betriebsräteorganisation lautet:

Die Fraktion der U. S. P. D. Richtung Crispian-Beckebour steht auf dem Standpunkt, daß, um weitere Verwirrungen zu verhindern, die Beschlüsse des letzten Be-

triebsrätekongresses anerkannt werden müssen. — Die Frage der Räteorganisation ist eine Frage der proletarischen Revolution, die sich mit ihr entwickelt. — Die Fraktion steht weiter auf dem Standpunkt, daß ein gemeinsamer Kampf für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte geführt werden muß. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften geistig erobert werden müssen, um den Kampf gemeinsam mit den Räten und Gewerkschaften für die Produktionskontrolle und Verwirklichung des Sozialismus zu führen.

Nach dieser „Generalversammlung“ ist von der zu einer Zeit, wo es einen anderen Ausweg nicht gab, dank der Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zustandekommene Räteorganisation ein dürftiges Häuflein Unglück übriggeblieben. Das ist das Ergebnis der genialen Führung der Müller, Razahn und Genossen.

Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre!

Die Mitglieder des Zentral-Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die Genossen Martow u. Abramowitsch aus Moskau, sprechen am

Mittwoch, den 24. November, abends 6.30 Uhr, in der Bod-Bräueret, Fiedrichstraße, über

Gegenwart u. Zukunft Russlands

Mitgliedlicher sowie Funktionär-Ausweise der Partei und Gewerkschaften legitimieren.

Die Funktionäre der Metallindustrie treffen sich eine Stunde früher.

die den Apparat der Zentrale von vornherein für allerlei andere, auf die Spaltung der Arbeiterbewegung gerichtete Zwecke ausnutzen, auf dem eigentlichen Arbeitsgebiet einer Betriebsräteorganisation aber vollkommen unfruchtbar blieben. Die Berliner Arbeiterschaft muß somit den Aufbau der Betriebsräteorganisation von neuem beginnen. Dabei wird die Abhängerung der Münzstrafe und die eingetretene Klärung nur fördernd wirken und die inzwischen begonnenen Arbeiten der einzelnen Gewerkschaften können immerhin Anknüpfungspunkte zur weiteren gemeinsamen Tätigkeit bieten, die man im Betrieb der Münzstrafe vergeblich suchte. Wir erwarten von der Gewerkschaftskommission [schnelles und entschlossenes Handeln.

Die Neuregelung des Strom- und Gasverbrauchs

Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission

Die Berliner Gewerkschaftskommission beschäftigte sich am Montag Abend in einer Plenarversammlung mit der von der Reichsregierung in den Marken herausgegebenen Verordnung, die eine Neuregelung des Strom- und Gasverbrauchs für die Betriebe vorsieht.

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Bundes, Genosse Ziska, gab dazu den Bericht. Die Verordnung sieht vor, daß die Betriebe in Zukunft nicht mehr Kraft entnehmen dürfen als sie monatlich im Durchschnitt vom 1. Januar 1920 bis 30. September 1920 von der zulässigen Menge tatsächlich verbraucht haben. Betriebe, die Fernstrom von mehr als 250 kwh bis zu 1000 kwh entnehmen, dürfen hinfert Kraftstrom erst von 10 Uhr vormittags ab entnehmen. Alle übrigen Verbraucher, soweit sie nicht täglich in drei Schichten arbeiten, müssen mindestens die Hälfte des jeweiligen monatlichen Stromverbrauchs in der Zeit von 10 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr morgens entnehmen. Betriebe, welche täglich in drei Schichten arbeiten, müssen mindestens 35 Prozent ihres monatlichen Stromverbrauchs in der Zeit von 10 1/2 Uhr abends bis 6 1/2 Uhr morgens entnehmen. Solche Betriebe, die nicht Fernstrom, sondern Berliner Strom beziehen, dürfen, sofern ihre zulässige Strommenge 1000 kwh und mehr beträgt, nur noch 50 Prozent der ihnen zustehenden Strommenge entnehmen. Betriebe, die gegen die Beschränkungen verstößen, können ohne vorherige Verwarnung der Stromsperrung von mindestens achtstündiger Dauer unterworfen werden. Außerdem kann auch Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr und Geldstrafe bis 10 000 M. verhängt werden.

Ziska betonte, daß die Betriebe durch diese Verordnung gezwungen werden, Nachtarbeit einzuführen, um größere Betriebs-einsparungen resp. Stilllegungen zu verhindern. Es müsse aber die Frage aufgeworfen werden, ob diejenigen Arbeiter, die in der Nachtzeit arbeiten, ein Lohnausgleich gegeben werden soll. Die Drisserversammlungen müssen zu dieser Frage Stellung nehmen. Soweit sich Gewerkschaften mit der Frage des Lohnausgleichs beschäftigt haben, konnte festgestellt werden, daß selbstverständlich ein gewisser Prozentsatz von den Unternehmern bezahlt werden muß. Es wäre vorteilhaft, wenn diese Frage zentral behandelt werden könnte. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission bereite deshalb eine Konferenz der Betriebsräte und Betriebsobleute vor, die zu dieser Frage endgültig Stellung zu nehmen hat.

Nach kurzer Diskussion, in der auf die Gefahren der Nachtarbeit hingewiesen wurde, wurde der Einberufung der Konferenz zugestimmt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Debatte über den Bericht der Moskauer Delegation, die in einer früheren Plenarversammlung unterbrochen war, fortgesetzt. Der Vorsitzende Sabath ging ausführlich auf die Mitteilungen der Bericht-erstattet ein. Er bemängelte, daß in manchen Punkten der Bericht Unklarheiten enthalten hätte, auch die Tatsachen ein wenig auf den Kopf gestellt worden sind. Dies gehe besonders aus einem Brief hervor, den die Delegation aus Moskau geschrieben hat. Besonders auffällig sei, daß in Russland, wo doch alles sozialisiert sein soll, der amerikanische Milliardär Vanderbilt Betriebe auf amerikanisch-kapitalistischer Grundlage errichte. Daß die russische Regierung jegliche Pressefreiheit unterbinde, könne nicht gebilligt werden. Das schlimmste Geschenk, was die Delegation mitgebracht habe, sei die Empfehlung, die Berliner Gewerkschaften sollten eine Delegation zur Gründung der roten Gewerkschaftsinternationale entsenden. Die Befolgung dieser Parole bedeute die Zerkleinerung der Gewerkschaften. Wenn z. B. einzelne Ortsvereinigungen den Anschluß beschließen würden, so wie es die Richtlinien vorschreiben, so würden die einzelnen Gesamtorganisationen, wie auch der Gewerkschaftsbund sich dagegen wehren. Sabath kommt zu dem Schluß, daß die Spaltung der Gewerkschaften unter allen Umständen verhindert werden müsse.

Das Mitglied der Moskauer Delegation, Schumacher, wandte sich nochmals gegen den Artikel Dimitz, den er in der „Freiheit“ über die Vorgänge in dem Colonna-Werk veröffentlicht hat. Es sei richtig, daß gegenwärtig keine Auswanderung deutscher Arbeiter nach Russland erfolgen dürfe, soweit dies geschehen sei, sei es nicht Schuld der russischen Regierung, die davor gewarnt habe. Bezüglich der Anwesenheit Wanderslips in

Russland sei zu sagen, daß die von Wanderslip errichteten Betriebe allerdings kapitalistische Keimzellen im kommunistischen Staat wären. Es sei aber dafür gejorgt, daß diese Betriebe wiederum mit kommunistischen Keimzellen durchsetzt werden. Bezüglich der Pressefreiheit sei zu sagen, daß die russische Regierung erst dann alle Zeitungen verbieten hat, als sie öffentlich zum Sturz der Regierung aufforderten. Nachdem Schumacher noch die Richtlinien der „roten Gewerkschaftsinternationale“ bekannt gegeben hat, kommt er zu dem Schluß, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften bleiben werden, um diese von innen heraus im Sinne der Moskauer Internationale zu revolutionieren.

Nach einer längeren Debatte über diese Frage, in der nichts wesentlich Neues gesagt wurde, wurde die Plenarversammlung geschlossen.

Der tapfere Koenen

In der Reichstagsdebatte vom letzten Samstag erklärte der Abgeordnete Koenen, das Einbringen der Interpellation über die Sozialisierung des Bergbaus als das Produkt „Schludriger Kack“. Der Abgeordnete Janzsch (Soz.) betonte demgegenüber, daß es mit dem persönlichen Werte des Herrn Koenen gar nicht soweit her sei. „Wie er noch den Kapp-Plan und Halle teilen wollte, sich er bei der Erklärung seiner Person durch den Diktator hätte er nicht einig sein lassen und in Halle war er nicht einmal dazu zu bewegen, in seiner Wohnung abzuweichen, sondern er lagerte sich in demselben Hotel ein, in welchem der Oberpräsident wohnte, um in ganz sicher zu sein.“ (Unhaltende Heiterkeit.) Koenen betrieß sich in seiner Erwiderung auf den Abgeordneten Janzsch, der behauptete, daß er in Halle seinen Väterchen habe, worauf Janzsch prompt erwiderte: „Der Abgeordnete Koenen hat damals eine Legitimation von mir erbeten und erhalten. Er hatte nicht den Mut, allein in seine Wohnung zu gehen, und hat mich mit mir kommen zu dürfen.“ (Heiterkeit.) Die Rede Koenens brachte nichts wesentlich Neues! Gerade das „wichtigste Neue“, das die Rede Koenens ihren Lesern unterbringt, hat uns zu nachfolgendem Bericht beigeht.

In bekannten mark'en Tönen
Hört man von dem tapfren Koenen
Laut verkünden weit und breit
Seine Heldenhaftigkeit. —

Neben hört man schnoddrige,
Daß die Angst, die schloddrige,
Paßt in heiligem Tagesstreite
U. S. P.'n der rechten Seite.

Doch wie war es denn in Halle?
Da war die Courage alle!
Und in wahren Zammeränen
Hörte man den Koenen stöhnen!

In der Angst, der namenlosen,
Grundeis in den Unterhosen,
Hat in seinen Herzensnöten
Hörsting's Weistand er erbeten.

Sicher fühlt man sich im Neste
Erst mit solchem Schutz-Atteste.
Dann bewährt beim tapfren Raufe
Sich sehr bald die große Schnauze.

Später freilich augenscheinlich
Ist dann die Erinnerung peinlich.
Hört Herr Koenen davon klöhnen
Schimpft er, daß die Wände dröhnen.

Lieber Koenen laß Dir raten:
Schweig von Deinen Heldentaten!
Reichheit a d e r n vorzuwerfen
Ruh man selber haben Kerwen.

Du und Deinem Heldentum
Klinge dieses Lied zum Ruhme.
Es soll Dich, mein lieber Koenen,
Mit verdientem Lorbeer krönen.

Groß-Berlin

Zwangweise Schließungen von Bäckereien in Lichtenberg

In der letzten Sitzung des städtischen Anstalts-Schusses für die Mehl- und Brotversorgung wurde beschlossen:

1. die Bäckerei Thiele, Niederbarnimstraße 12, wegen wiederholter verbotswidriger Kuchenherstellung und Feststellung eines nicht angefertigten Weizenmehls von 14,64 Kilogramm zu schließen;
2. die Bäckerei Grösch, Croßener Straße 15, wegen wiederholten Schrippenverkaufs ohne Marken zum Preise von 25—50 Pf. das Stück und Feststellung eines Weizenmehls von 271 Kilogramm auf vier Wochen zu schließen;
3. die Bäckerei Hermenau, Traveplatz 3, wegen Feststellung eines Bestandes von 25 Pfund 60 Prozentig ausgewähltem Weizenmehls, deren Herkunft nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, Verkauf von weißen Schrippen und eines Weizenmehls von 380 Kilogramm auf sechs Wochen zu schließen;
4. die Bäckerei Mix, Kleine Straße 1, wegen eines Weizenmehls von 13 Doppelzentnern bis auf weiteres zu schließen;
5. die Bäckerei Thibemann, Kantstraße 47, wegen Brotverkaufs ohne Marken auf 14 Tage zu schließen.

Weiter wurde in genannter Sitzung festgestellt, daß, obwohl zur Zeit von den Bäckereien nur Obst Kuchen hergestellt werden sollen, wozu weder Weizen, Roggen, noch Gerstenmehl verwendet werden darf, diese Bäckereien auch sonstige Kuchenarten herstellen. Es wurde beschlossen, sämtliche Bäckereien ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß zukünftig jeder Bäckereibehalter, bei dem nicht vorschriftsmäßig hergestellter Kuchen zu finden ist, eine solche Bestrafung zu gewärtigen hat. Insbesondere soll in solchen Fällen sämtliche Krankenbrotbäcker sofort die Herstellung des Krankenbrotes entzogen werden. Auch soll nochmals eindringlich darauf gewarnt werden, Brot oder Gebäck ohne Marken abzugeben.

Ein erneuter Antrag des Vereins „Berliner Mehlhändler“, zum Mehlhandel in Lichtenberg zugelassen zu werden, wurde abgelehnt. Aus prinzipiellen Gründen wurde auch die Bitte des Vereins heimattreuer Oberlehrer um Mehlteilung zur Weihnachtsbescherung bedürftiger Oberlehrerfrauen, deren Eltern im Januar zur Abstimmung fahren, abgelehnt werden.

Raubmord an einer Greisin

Ein neues Kapitalverbrechen, das von besonders großer Raffet und grenzenloser Verwahrlosung zeugte, rief gestern mittag im Norden der Stadt große Aufregung hervor. Die Nordstraße, das Haus Stargarder Straße 61, war bis in den Abend hinein von einer großen Menschenmenge umlagert. Bei der Abführung des auf früher Tat überraschten Mörders, war es nur durch ein großes Aufgebot von Beamten der Sicherheitspolizei möglich, den Verhafteten vor Richter Lynch zu schützen. Der Verhaftete ist ein kaum 17 Jahre alter Arbeitslose Wills Wieding aus der Ramler Straße 29, sein Opfer die am 14. Dezember 1856 geborene Witwe Emilie Giller, geborene Krenz. Diese wohnte seit mehr als zwanzig Jahren in dem Hause Stargarder Straße 61.

Gestern mittag hörte eine Nachbarin aus der Wohnung der G. lautes Stöhnen. Sie ging auf den Flur hinaus und als sie nur

